

13. November 2007, Neue Zürcher Zeitung

Unbegründete Ängste vor Steuerwettbewerb

Unterschätzte Stärken des Föderalismus in Deutschland

In Deutschland wird der Idee des Steuerwettbewerbs zwischen Ländern mit grosser Skepsis begegnet. Dabei lässt sich anhand der Schweiz studieren, dass er funktioniert und den Bürgern nützt.

pra. Berlin, 12. November

Es gibt zwar keinen Mangel an guten Argumenten für den Steuerwettbewerb, doch in Deutschland fallen sie auf steinigem Boden. Der in Heidelberg lehrende Finanzwissenschaftler Lars Feld, der aus jahrelangen Forschungen unter anderem in St. Gallen die Vorzüge des wettbewerblichen Finanzföderalismus bestens kennt, lässt sich aber von der Skepsis seiner Landsleute nicht entmutigen. Er führt die wirtschaftliche Überlegenheit föderaler Finanzordnungen – nicht zuletzt am Beispiel der Schweiz – in vielen Schriften und Vorträgen in Deutschland vor. Wie er in Berlin an einem vom Institute for Research on Economic and Fiscal Issues und vom Council on Public Policy, zwei internationalen Think-Tanks, organisierten Symposium zeigte, funktioniert der Steuerwettbewerb zwischen den Schweizer Kantonen und Gemeinden, ohne dass die in Deutschland vielfach befürchteten Folgen eintreten.

Der Wettbewerb funktioniert

Die Disparitäten beim Einkommen zwischen den Kantonen sind nicht geringer als jene zwischen den deutschen Bundesländern. So ist die Differenz zwischen dem reichsten Bundesland, Hamburg (172% des durchschnittlichen nationalen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf), und dem ärmsten, Mecklenburg-Vorpommern (35%), ähnlich wie zwischen den Schweizer Extremen Basel-Stadt (206%) und Appenzell Innerrhoden (47%). Gleichzeitig sind die räumlichen Verhältnisse viel enger. Dennoch hält die Schweiz den Steuerwettbewerb aus. Es kann keine Rede von einer Unterversorgung mit öffentlichen Gütern sein. Auch leiden die Hochsteuerkantone nicht unter einer ruinösen Abwanderung.

Vielmehr profitieren die Bürger von einem effektiveren Staat, der in einem Wettbewerb um die Steuermittel steht. Zudem zeigte Feld, dass in den letzten zwanzig Jahren die Verschuldung der deutschen Bundesländer weit stärker gestiegen ist als jene des Bundes, während in der Schweiz genau das Umgekehrte der Fall war. Dort hat der Wettbewerb der Kantone disziplinierend gewirkt, während in Deutschland der fast vollkommene Haftungsverbund zwischen Bund und Ländern sowie die weitgehend fehlende Steuerautonomie einen starken Anreiz ausübten, die Verschuldung auszudehnen.

Dringender Reformbedarf

Der in Berlin lehrende Finanzwissenschaftler Beat Blankart analysierte die Unterschiede zwischen der sächsischen Gemeinde Niederoderwitz und der Walliser Gemeinde Leukerbad. Niederoderwitz hatte nach der Wende einen unvorteilhaften Leasingvertrag mit einem westdeutschen Unternehmen abgeschlossen, der zum übersteuerten Bau einer Sporthalle führte. Laut Urteil des Bundesgerichtshofs musste das Land Sachsen die Gemeinde für die Verluste entschädigen, weil eine Aufsichtspflicht bestand. Damit haben deutsche Kommunen einen Anreiz, überzogene Investitionen zu tätigen. Im Gegensatz dazu hatte das Schweizer Bundesgericht eine Klage der durch unseriöse Investitionen zahlungsunfähig gewordenen Gemeinde Leukerbad auf Haftung des Kantons abgelehnt. Die Gläubiger mussten Millionenverluste hinnehmen. Die Folge war ein straffes Regime des Finanzmarkts, der seither alle Gemeinden einem Rating unterzieht und so deren Schuldenpolitik diszipliniert.

Obschon die meisten deutschen Bundesländer dank der guten Konjunkturlage derzeit nahe an einem ausgeglichenen Haushalt sind, ist die föderale Finanzverfassung laut Feld dringend reformbedürftig. Der strukturelle Anreiz zur Verschuldung der Länder besteht fort, weil sie die Konsequenzen nicht selbst tragen müssen und weil die Verschuldung das einzige flexible Finanzierungsinstrument der Länder ist. Dass die sich seit dem März beratende Föderalismusreformkommission von Bund und Ländern dagegen ein Mittel finden und eine wettbewerbliche Steuerordnung vorschlagen wird, glaubt indes niemand mehr. Warum die Widerstände? Die Landespolitiker fürchten die Steuerautonomie, weil sie dann die Steuerbelastung vor ihren Wählern selbst verantworten müssten. Und die Bürger finanzschwacher Länder lassen sich nur zu gerne die öffentlichen Güter von den reicheren Ländern mitfinanzieren.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/unbegruendete_aengste_vor_steuerwettbewerb_1.583684.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
